MARBACHER ZEITUNG
BOTTWARTAL BOTE

Amtliches Bekanntmachungsblatt des Landkreises Ludwigsburg und der Stadt Marbach am Neckar

175 seit 1845

Nummer 251 · 44. Woche · 75. Jahrgang · MA | Donnerstag, 29. Oktober 2020 | € 2,10 · E4630

Marbach-Rielingshausen

Foto: Archiv (Werner Kuhnle)

Bei der Region wird über die Erweiterung des Steinbruchs diskutiert.

▸ Marbach & Bottwartal I

Steinheim-Höpfigheim

Auf einem Stückle haben Diebe fast das komplette Obst mitgenommen.

▸ Marbach & Bottwartal II

Teil-Lockdown ab Montag

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Foto: imago/photothek

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder haben beschlossen, dass das öffentliche Leben in Deutschland aufgrund der Corona-Pandemie weitgehend heruntergefahren wird. Von kommenden Montag an müssen Restaurants, Theater, Fitnessstudios, Kinos, Konzerthäuser und Schwimmbäder befristet bis Ende November schließen. Außerdem werden private Kontakte stark eingeschränkt: So dürften nur noch Angehörige des eigenen Hausstandes und eines weiteren zusammenkommen – maximal zehn Personen, sagte Merkel. Touristische Reisen sind im November ebenfalls nicht erlaubt. Schulen, Kitas und Handel bleiben aber geöffnet.

Kanzlerin Merkel sagte, Deutschland müsse eine „akute nationale Gesundheitsnotlage“ vermeiden. Dafür sei eine „nationale Kraftanstrengung“ nötig. Andernfalls komme Deutschland „binnen Wochen an die Leistungsgrenze des Gesundheitssystems“.

▸ Kommentar
▸ Seiten 2 bis 4, 7, 8, 11, 15, 16, 23 und 28

Kommentar

Durststrecke

Die neuen Kontaktbeschränkungen haben ein Ziel: Weihnachten.

Von Annika Grah

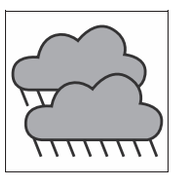
Es ist wohl so, dass viele Menschen in Deutschland eher ungläubig auf die hohen Infektionszahlen blicken. Diejenigen, die sich seit März an die Regeln halten, ihre Kontakte reduzieren und ihr Leben an die neue Lage anpassen. Es sind auch diejenigen, die verstanden haben, dass wir alle es ein Stück weit in der Hand haben, wie sich die Pandemie in Deutschland entwickelt und wie stark die Wirtschaft am Ende unter neuen Zwangsmaßnahmen leidet – und es sind auch diejenigen, die sich kopfschüttelnd die Frage stellen: Wie konnte es so weit kommen?

Die Frage können am ehesten die beantworten, die es nicht so genau genommen haben mit dem Abstandhalten und Masketragen. Der Frage müssen sich aber auch Regierende stellen – etwa in Baden-Württemberg, wo das Warnsystem binnen weniger Wochen vom Infektionsgeschehen überholt wurde. Sie müssen sich an dem Versprechen messen lassen, dass Wirtschaft, Schulen und Kitas nur in letzter Instanz so gebeutelt werden wie im Frühjahr – vor allem die erneut betroffenen Wirte werden eine Antwort fordern.

Um durch den Winter zu kommen, braucht es offensichtlich vor allem eines: wirksame und nachvollziehbare Frühwarnsysteme, auf die sich alle verlassen können. Immer härtere Maßnahmen machen irgendwann auch jene mürbe, die die ganze Zeit über brav daran mitgearbeitet haben, die zweite Welle zu brechen. Vielleicht hilft es da, dass nach der sich nun abzeichnenden Durststrecke im November ein gemeinsames Ziel steht: Weihnachten im Kreise der Lieben – möglichst ohne Kontaktbeschränkungen und das vorherige Studium lokaler Corona-Verordnungen. Es wäre allen zu wünschen.

annika.grah@stuttgarter-nachrichten.de

Wetter



Mittags 13°
Nachts 9°

Bewölkt und windig, dazu fällt wechselnder Regen

▸ Seite 18

Die Marbacher Zeitung/Bottwartal Bote ist eine lokale Ausgabe der Stuttgarter Nachrichten

Adolf Remppis Verlag GmbH + Co. KG
König-Wilhelm-Platz 2, 71672 Marbach a. N.

Siehe lokales Impressum auf Seite II

▪ **www.marbacher-zeitung.de**

43544
4 190406 302108

Eltern: Digitalisierung der Schulen kommt nicht voran

Umfrage der baden-württembergischen Zeitungen: Große Mehrheit der Eltern hat den Eindruck, dass die Ausstattung der Schulen im Land mit Computern zuletzt nicht besser geworden ist.

Von Rainer Pörtner

STUTTGART. Der oft beschworene Digitalisierungsschub durch Corona hat die Schulen in Baden-Württemberg bisher nur begrenzt erreicht: Zwei Drittel der Eltern haben den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen mit Computern und anderen digitalen Medien in den letzten Monaten nicht verbessert hat. Das ist das Ergebnis des BaWüChecks, einer Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf das Bildungssystem durchgeführt wurde.

Die Krise hat den Eltern nach Einschätzung der Allensbacher Demoskopen auch bewusst gemacht, dass Lehrer im Allgemeinen für den digitalen Unterricht nicht ausreichend ausgebildet und geschult sind. Lediglich zehn Prozent der Bevölkerung halten die Ausbildung der Lehrer in diesem Bereich für ausreichend, von den Eltern sind es 18 Prozent. 68 Prozent der Eltern bezweifeln laut der Umfrage unter mehr als 1000 Personen ausdrücklich, dass Lehrer für den digitalen Unterricht hinreichend ausgebildet und geschult sind.

BaWüCheck
Gemeinsam fragen 78 Tageszeitungen nach Topthemen des Landes: Wie zufrieden sind die Baden-Württemberger mit der Regierung? Welche Agenda setzen sie der Politik? Die repräsentativen Antworten liefert unser BaWüCheck in mehreren Teilen bis zur Landtagswahl.

Mit den Schulschließungen im Frühjahr haben die baden-württembergischen Väter und Mütter praktische Erfahrungen mit dem Homeschooling ihrer Kinder gemacht. Ein Problem war dabei offensichtlich die schlechte digitale Ausstattung der Schulen. Während die Eltern ihre eigenen Haushalte überwiegend gut mit Computern ausgestattet sehen, beobachten sie große Defizite bei den Schulen: 37 Prozent bewerten die Ausstattung der Schule der eigenen Kinder als eher schlecht, 21 Prozent als sehr schlecht.

Die stark ansteigenden Corona-Zahlen sorgen für große Unruhe im Land. Zwei Drittel der Eltern machen sich große oder sogar sehr große Sorgen, dass ihre Kinder kurzfristig nicht mehr zur Schule oder in die Betreuungseinrichtungen gehen können. Für die überwältigende Mehrheit der Eltern wie auch der gesamten Bevölkerung in Baden-Württemberg hat eine verlässliche Betreuung der Kinder eine außerordentlich große Bedeutung: 92 Prozent der Eltern ist es wichtig oder sehr wichtig, dass auch in Krisenzeiten ein verlässlicher Schulunterricht und eine verlässliche Betreuung von Kindern gewährleistet sind.

▸ Leitartikel Seite 2
▸ Seite 4

Sozialistischer EU-Abgeordneter im Hungerstreik

Franzose will Einführung von Steuer zur Finanzierung des Umweltschutzes.

BRÜSSEL. Der französische Europaabgeordnete Pierre Larrouturou ist in einen Hungerstreik für eine bessere Ausstattung des EU-Gemeinschaftshaushalts getreten. „Ich werde Tag und Nacht, ohne zu essen, im Parlament bleiben“, sagte der Sozialist. Er fordert demnach vor allem eine „echte“ Finanztransaktionssteuer, damit die EU ihre Aufgaben etwa beim Klimaschutz und in der Gesundheitspolitik erfüllen kann.

Die Staats- und Regierungschefs hatten sich im Juli auf einen EU-Mehrjahres-Haushalt mit einem Volumen von 1074 Milliarden Euro geeinigt. Die Verhandlungen mit dem Europaparlament darüber kommen aber seit Wochen kaum voran, weil die Abgeordneten ein deutlich höheres Budgetvolumen fordern. Die Staats- und Regierungschefs hatten sich auch auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer verständigt, allerdings ohne konkreten Zeitplan. Derzeit gibt es nur noch eine Gruppe von zehn Ländern um Deutschland, die das Vorhaben konkret weiter verfolgt. (AFP)

Türkei sieht Karikatur als Beleidigung

ANKARA. Karikaturen des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan schlagen in der Türkei Wellen. Die Staatsanwaltschaft in Ankara hat Ermittlungen gegen das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ wegen Präsidentenbeleidigung aufgenommen. In der Türkei ist das ein Verbrechen. „Ich verurteile die unmoralische Veröffentlichung dieses unverbesserlichen französischen Schundblatts unseren Präsidenten betreffend“, erklärte Erdogans Stellvertreter, Vizepräsident Fuat Oktay. (AP)

▸ Seite 2

Mindestlohn steigt auf 10,45 Euro

Arbeitsminister Heil sieht noch deutlich Luft nach oben.

BERLIN. Der gesetzliche Mindestlohn wird in den kommenden beiden Jahren auf 10,45 Euro pro Stunde angehoben. Das hat das Bundeskabinett beschlossen. Die Lohnuntergrenze wird in vier Schritten steigen. Die erste Anhebung erfolgt zu Beginn des kommenden Jahres von derzeit 9,35 Euro auf 9,50 Euro. Zum 1. Juli 2021 steigt der Mindestlohn auf 9,60 Euro. Anfang 2022 wird er auf 9,82 Euro und für das zweite Halbjahr 2022 auf 10,45 Euro angehoben.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sagte, die von Mindestlohnkommission vorgeschlagene Anpassung orientiere sich an der Tarifentwicklung, berücksichtige aber auch die wirtschaftlichen Unsicherheiten der Corona-Pandemie. Die Lohnkostensteigerungen für die Unternehmen würden so verteilt, dass sie tragbar seien. Zugleich werde der Mindestschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert. „Ich sehe aber perspektivisch noch deutlich Luft nach oben“, fügte Heil hinzu. (epd)

Wirecard-Skandal: Söder und Scholz unter Druck

Untersuchungsausschuss will Milliardenbetrug durchleuchten.

Von Matthias Schiermeyer

STUTTGART/BERLIN. Der Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Wirecard-Skandal nimmt an diesem Donnerstag seine reguläre Arbeit auf. Der FDP-Obmann Florian Toncar hat hohe Erwartungen an die Aufklärungsarbeit. „Ich gehe davon aus, dass der Ausschuss erhebliche Versäumnisse und Fehleinschätzungen bei der Finanzaufsicht und auch bei den Ermittlern in Bayern zutage fördern wird“, sagte der Böblinger Bundestagsabgeordnete unserer Zeitung.

Der Zahlungsdienstleister Wirecard musste Ende Juni Insolvenz anmelden, weil aufgrund jahrelanger Bilanzfälschungen und anderer Betrügereien durch ehemalige Führungskräfte Schulden von bis zu 3,2 Milliarden Euro aufgelaufen waren. 1,9 Milliarden Euro sollen angeblich auf Konten in Asien liegen, sind aber nicht auffindbar. Insolvenzverwalter Michael Jaffe stellte fest, dass die Konten in den letzten Monaten vor der Insolvenz „leer geräumt“ worden seien.

Im Untersuchungsausschuss geht es vornehmlich um politische Verantwortlichkeiten insbesondere bei der – wie heute bekannt ist – mangelhaften Kontrolle des Münchner Unternehmens. „Im Endeffekt haben es die Behörden im Bund und in Bayern Wirecard vermutlich sogar erleichtert, sich als armes Opfer ausländischer Spekulanten und Medien darzustellen, etwa indem die bayerischen Behörden gegen Journalisten ermittelt haben und nicht gegen Wirecard selbst“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Das sei für Wirecard „ausgesprochen nützlich“ gewesen.

„Das Ganze hat politisch eine weitreichende Bedeutung“, so Toncar. „Sowohl dem SPD-Kanzlerkandidaten Scholz als auch CSU-Chef Söder dürfte es nach dem Untersuchungsausschuss sehr schwerfallen, sich den Bürgern weiter als erfahrene und professionelle Regierungsprofis darzustellen. Für beide steht daher in den nächsten Monaten eine Menge auf dem Spiel.“

▸ Wirtschaft Seite 9

Macron kündigt neuen Lockdown an

PARIS. Angesichts steigender Fallzahlen kehrt Frankreich zu einem Lockdown zurück. Präsident Emmanuel Macron kündigte am Mittwoch in einer Rede an die Nation neue Einschränkungen ab Freitag an, die bis Dezember gelten sollen. Allgemein müssen die Menschen zu Hause bleiben, außer um notwendige Einkäufe zu tätigen oder zum Arzt zu gehen. Wenn irgendwie möglich soll von zu Hause gearbeitet werden. Im Gegensatz zum Lockdown im März sollen dieses Mal die meisten Schulen offen bleiben. „Das Virus breitet sich mit einer Geschwindigkeit aus, die nicht einmal die pessimistischsten Prognosen vorhergesagt haben“, sagte Macron. Frankreich werde wie die Nachbarländer „von der zweiten Welle überrannt“. (rtr)

▸ Seite 4